

Unser aktuelles Interview

Ausbau der Rechtsordnung in der SRV

Kürzlich hielt sich eine Gruppe vietnamesischer Staatsanwälte zum Studium einiger Fragen der Praxis staatsanwaltlicher Tätigkeit in der DDR auf. Dr. Gerhard Steffens führte mit dem Delegationsleiter, Genossen Tran Te, Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der SRV, das folgende Gespräch:

Genosse Generalstaatsanwalt, die Juristen der DDR verfolgen mit großem Interesse und solidarischer Anteilnahme den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Vietnam. Was charakterisiert die gegenwärtige Etappe des Aufbaus und der Festigung der Rechtsordnung in Ihrem Lande?

Um unsere komplizierten Aufgaben von heute zu verstehen, muß man auf den zurückliegenden Entwicklungsweg verweisen. Die Demokratische Republik Vietnam entstand 1945 nach der siegreichen national-demokratischen Revolution. Damit war zugleich der Grundstein für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gelegt worden. Nach 1954 entwickelte sich mit dem Sieg über den französischen Imperialismus auf dem Territorium nördlich des 17. Breitengrades unter Führung unserer kommunistischen Partei die Basis für den sozialistischen Aufbau. Der Süden unseres Landes wurde hingegen als Stützpunkt der Aggression vom USA-Imperialismus mißbraucht. Der heldenmütige Befreiungskampf unseres Volkes endete 1975 bekanntlich mit dem Sieg über die USA-Aggressoren und deren Marionetten. Nun war der Weg frei zum Aufbau des Sozialismus in ganz Vietnam.

Die notwendigen Maßnahmen dazu legte der IV. Parteitag unserer kommunistischen Partei im Dezember 1976 fest. Im Programm stellte er u. a. die Grundaufgaben: Entwicklung und Festigung des sozialistischen Staates als einer Form der Diktatur des Proletariats, der alle Kraft für das Wohl des Volkes einsetzt, und Weiterentwicklung und Festigung des sozialistischen Rechts im ganzen Land.

Das war ein bedeutender Auftrag. Es mußte beachtet werden, daß in Nordvietnam bereits seit 1959 eine sozialistische Verfassung galt, die nun von unserer Nationalversammlung auch für den Süden in Kraft gesetzt wurde. Unsere Nationalversammlung — sie entspricht der Volkskammer in der DDR — war 1976 aus Wahlen hervorgegangen, die in ganz Vietnam durchgeführt wurden. Zugleich waren das auch Wahlen für die Volksvertretungen der drei unteren Ebenen, in den Gemeinden, Kreisen, Bezirken. Übrigens entspricht auch die Struktur der Justizorgane dieser Einteilung.

Aus dem Parteiprogramm ergaben sich für die Regierung und alle staatlichen Organe, ja für jeden Bürger Grundsätze, die mit Konsequenz durchzusetzen bzw. zu beachten waren. Dazu möchte ich nennen:

- die Festigung des Staates nach innen und sein konsequenter Schutz nach außen,
- die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesetzlichkeit,
- die Interesseneinstimmung der Bürger mit den gesellschaftlichen Erfordernissen,
- die Garantie der Bürgerrechte und die allseitige Entwicklung der Mitbestimmung der Werktätigen.

Von den Mitarbeitern im Staatsapparat wurde und wird bei der bedingungslosen Pflichterfüllung eine große Vorbildwirkung gefordert. Dazu gehören z. B. Sparsamkeit, Bescheidenheit, keine Sonderrechte in Anspruch zu nehmen, Achtung der Mitwirkungsrechte der Bürger.

Unter diesen Aspekten entwickelte sich, getragen zu-

gleich von Gefühlen des Stolzes über die erreichten Erfolge, das Pflichtgefühl unserer Bürger zur Verwirklichung dieser Politik, die auf die Entwicklung und den Schutz der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates gerichtet ist.

Die Nationalversammlung hatte die Regierung beauftragt, die in beiden Landesteilen bestehenden Gesetze in Übereinstimmung zu bringen, um zu einer einheitlichen Rechtsanwendung in ganz Vietnam zu gelangen. Das ist geschehen, und inzwischen sind über 600 Gesetze, Erlasse und Verordnungen bestätigt bzw. neu verabschiedet worden. Dazu zählen solche Rechtsgrundlagen wie das Familiengesetz, das Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften und Erlasse zum Jugendschutz, zum Kampf gegen die der Konterrevolution dienenden Straftaten, zum Schutz des Volksvermögens und der Volkswirtschaft.

Jetzt stehen wir kurz vor der Verabschiedung unserer neuen sozialistischen Verfassung. Mehr als 17 Millionen Bürger beteiligten sich konstruktiv an der Diskussion in allen Landesteilen. Das war eine Massenbewegung, ein bedeutendes politisches Ereignis im Leben unseres Volkes.

Gegenwärtig sind wir dabei, weitere grundlegende Gesetze auszuarbeiten. So z. B. das Arbeitsgesetzbuch, ein Strafgesetzbuch und eine Strafprozeßordnung, ein Zivilgesetzbuch und eine Zivilprozeßordnung. Unmittelbar nach der Verabschiedung der Verfassung erwarten wir dann auch die Bestätigung solcher Gesetze durch die Nationalversammlung wie ein Gesetz über die Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen sowie Gesetze über das Oberste Gericht und den Generalstaatsanwalt.

Wären Sie bereit, unseren Lesern einiges Spezifisches zum Stand der Gesetzlichkeit, vor allem auch zum Charakter und zur Entwicklung der Kriminalität in Ihrem Lande zu sagen? Welchen Hauptaufgaben wendet sich dabei die Staatsanwaltschaft zu?

Auch hier muß ich auf die sehr differenzierte Entwicklung hinweisen. Im Norden hatte sich unter den sozialistischen Bedingungen bereits ein relativ hohes Staats- und Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung herausgebildet. Das Recht ist wirksames Instrument der Leitung, um seine strikte Einhaltung wird gerungen. Das wurde zur Sache des Volkes. Dieser Schritt vollzieht sich nach der Befreiung des Südens dort erst mühsam. Dennoch: es zeigt sich auch hier, die veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen entziehen der Kriminalität und den Rechtsverletzungen überhaupt den Nährboden. Die Haltung der Menschen zum Recht, zum Staat und zueinander wandelt sich bei aller Differenziertheit von Tag zu Tag. So sind z. B. solche Verbrechen wie Banditismus, Mord, Raub, Vergewaltigung, Erpressung u. ä. erkennbar rückläufig. Wir sind Optimisten. Das neue Leben unter den sich herausbildenden sozialistischen Bedingungen wird zunehmend auch das Denken, die Moral und das Handeln aller unserer Bürger bestimmen. Natürlich muß dabei auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei und der staatlichen Aufgaben auch von uns noch eine intensive Arbeit geleistet werden.

Insgesamt konzentrieren wir uns derzeit auf die Vorbeugung und Bekämpfung von Straftaten, die gegen den Staat gerichtet sind, mit denen Volkseigentum angegriffen wird, die Amtsmißbrauch, Korruption oder Bestechung darstellen. Die Staatsanwaltschaft hat hierbei spezifische Aufgaben. Wir achten auf die Verwirklichung der Mitbestimmung und Mitwirkung der Bevölkerung und sehen das als einen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie an. Wir unterstützen den Kampf zur Erhöhung von Ordnung und allgemeiner Sicherheit durch konsequente Gesetzesanwendung und wollen durch unsere Arbeit auch die ökonomischen Aufgaben erfüllen helfen und